

Stand: 18.05.2026 00:01:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8771

"Medienkompetenz statt Verbote: Kluge Lösungen für unsere Jugend im digitalen Zeitalter!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8771 vom 03.11.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/10692 des SO vom 29.01.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11143 vom 19.03.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 19.03.2026



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Julia Post, Sanne Kurz, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Claudia Köhler, Tim Pargent, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Medienkompetenz statt Verbote: Kluge Lösungen für unsere Jugend im digitalen Zeitalter!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die zunehmende Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen im digitalen Zeitalter dringliches staatliches Handeln im Bereich des Jugendmedienschutzes erfordert. Neben den vielen Vorteilen der digitalen Medien bringt ihre steigende Nutzung auch erhebliche Risiken mit sich, wie die Konfrontation mit nicht altersgerechten Inhalten, Cybermobbing, sexualisierter Gewalt und Radikalisierung, die sich auf die psychische Gesundheit, soziale Kontakte und die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen auswirken.

Der Landtag spricht sich für die konsequente Anwendung geltenden Rechts, wie den Vorgaben des Digital Services Acts, der Datenschutz-Grundverordnung und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags, aus. Die großen Tech-Plattformen sollen endlich konsequent in die Pflicht genommen werden und für eine sichere Nutzung ihrer Angebote für Jugendliche sorgen. Dazu gehört die strengere Einhaltung von Melde- und Löschpflichten sowie der bestehenden Altersgrenzen der jeweiligen Plattformen. Zudem sollen die algorithmischen Empfehlungssysteme der großen Plattformen untersucht und transparent angepasst werden.

Der Landtag spricht sich gegen pauschale gesetzliche Verbote für die Nutzung von sozialen Medien aus. Diese greifen tief in Grundrechte der Kinder und Jugendlichen wie Meinungs- und Informationsfreiheit sowie das Recht auf digitale Teilhabe ein, ohne die tatsächlichen Risiken für Kinder und Jugendliche wirksam zu reduzieren.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine ressortübergreifende Strategie vorzulegen, um Kinder und Jugendliche effektiv zu schützen und ihnen das gesunde Heranwachsen sowie eine selbstbestimmte Teilhabe im digitalen Zeitalter zu ermöglichen. Folgende Maßnahmen sollen dafür umgesetzt werden:

1. Medienbildung verbindlich verankern:

In Kitas, Schulen und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit soll eine systematische Vermittlung von Medienkompetenz erfolgen. Dazu gehören der bewusste Umgang mit sozialen Medien, die Fähigkeit zur Erkennung von Desinformation sowie der Schutz vor Cybermobbing und sonstige Formen der digitalen Gewalt.

2. Um diese kritische Medienbildung zu gewährleisten, sollen die Ausbildungs- und Studienordnungen entsprechend angepasst sowie das Fortbildungsangebot für alle pädagogischen Fachkräfte ausgeweitet werden.

3. Jugendangebote ausbauen:

Jugendzentren, offene Jugendarbeit und Digital Streetwork sollen flächendeckend gestärkt und so ausgebaut werden, dass in jedem Landkreis Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche vorhanden sind. Diese Einrichtungen sind niedrighschwellige Orte, an denen junge Menschen Unterstützung im Umgang mit digitalen Medien erhalten und gesunde Alternativen zur ausschließlichen Online-Nutzung erleben können.

4. Eltern und Familien gezielt unterstützen:

Die Staatsregierung soll regelmäßig Handlungsempfehlungen zum Umgang mit digitalen Medien veröffentlichen, diese auf die jeweilige Altersgruppe sowie Gerät und Anwendung zuschneiden und Eltern für technische Jugendschutzeinstellungen sensibilisieren. Zusätzlich sollen Fortbildungs- und Coaching-Angebote für Eltern – insbesondere über Familienland Bayern – ausgeweitet und auf aktuelle Entwicklungen im digitalen Raum angepasst werden.

5. Gesellschaftliche Aufklärung vorantreiben:

Durch landesweite Informationskampagnen soll die Bevölkerung über Risiken wie Cybermobbing, Cybergrooming und sonstige Formen der digitalen Gewalt, Desinformation und Informationsmanipulation, Radikalisierung und Extremismus aufgeklärt und für einen verantwortungsvollen sowie gesunden Umgang mit sozialen Medien sensibilisiert werden.

6. Radikalisierungsprävention flächendeckend ausbauen:

Antiradikalisierungsarbeit soll dauerhaft finanziell gefördert und in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen durch Präventionsangebote verankert werden. Entsprechende Fach- und Beratungsstellen sollen für die Durchführung von für ihre Arbeit notwendigen Medienkompetenz-Trainings finanzielle Zuschüsse erhalten.

7. Forschung fördern:

Die Staatsregierung soll wissenschaftliche Studien zu den Auswirkungen sozialer Medien und sonstiger Online-Dienste auf Lernen, Konzentrationsfähigkeit und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen finanziell unterstützen und deren Ergebnisse in die Bildungsplanung einbeziehen.

Begründung:

Kinder und Jugendliche bewegen sich heute selbstverständlich in digitalen Räumen. Damit sind Chancen verbunden – aber auch erhebliche Risiken: von der Konfrontation mit nicht altersgerechten Inhalten über Cybermobbing und sexualisierte Gewalt bis hin zu Desinformation und Radikalisierung. Der Verfassungsschutzbericht des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration zeigt, dass die Radikalisierung junger Menschen mittlerweile fast ausschließlich online stattfindet.

Pauschale Verbote für soziale Medien sind jedoch keine Lösung. Sie würden Grundrechte wie Meinungs- und Informationsfreiheit sowie das Recht auf digitale Teilhabe beschneiden, ohne wirksamen Schutz zu gewährleisten. Expertinnen und Experten, etwa von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, warnen daher zu recht vor generellen Verboten. Auch die Leitlinien der EU-Kommission zum Digital Services Act betonen, dass Zugangsbeschränkungen nur letztes Mittel sein dürfen. Zudem garantiert Art. 17 der UN-Kinderrechtskonvention ausdrücklich das Recht von Kindern auf Zugang zu Informationen aus einer Vielzahl nationaler und internationaler Quellen, insbesondere denjenigen, welche die Förderung seines sozialen, seelischen und sittlichen Wohlergehens sowie seiner körperlichen und geistigen Gesundheit zum Ziel haben – ein pauschales Verbot sozialer Medien würde diesem Anspruch widersprechen.

Statt Symbolpolitik braucht es eine evidenzbasierte Strategie. Der Jugendmedienschutz soll dazu führen, dass junge Menschen einen souveränen, reflektierten und kompetenten Umgang mit digitalen Medien und Kommunikationstechnologien erlernen. Neben der wichtigen Rolle von Bildungseinrichtungen stehen besonders Eltern und Familien hier im Zentrum: Laut aktueller DAK-Studie legen 40 Prozent der Eltern keine klare Medienzeit fest, fast ein Drittel sieht sich nicht als Vorbild für die eigene Mediennutzung,

und 23 Prozent fühlen sich in der Medienerziehung unsicher. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass Familien gezielt Unterstützung brauchen.

Gleichzeitig fehlt es an Angeboten vor Ort: Während in manchen Städten erste Digital-Streetwork-Projekte existieren, gibt es in vielen Landkreisen keinerlei niedrigschwellige Hilfen, die Jugendlichen Orientierung bieten und Eltern entlasten. Bayern braucht deshalb einen flächendeckenden Ausbau von Jugend- und Familienangeboten im digitalen Raum.

Unsere Demokratie braucht kompetente Mediennutzerinnen und Mediennutzer. Eigentlich sollten als Ergebnis des Digitalplans Bayern unsere Kinder mit digitalen Medien verantwortungsvoll umgehen können. Die Staatsregierung schreibt: „Wir werden sie dabei unterstützen, sich in der zunehmend digitalisierten Welt zurechtzufinden und diese geschützt zu erschließen.“ Wie das gelingen soll, ist auch Jahre später noch nicht beantwortet. Die Staatsregierung verweist bislang lediglich auf den Medienführerschein und die „Goldi“-App. Das reicht nicht aus, um Kinder und Jugendliche auf die komplexen Herausforderungen digitaler Räume vorzubereiten. Erforderlich ist eine ressortübergreifende Gesamtstrategie, die Bildung, Gesundheit, Familie und Forschung miteinander verzahnt, Eltern als Schlüsselakteure stärkt und Kinder sowie Jugendliche befähigt, souverän mit digitalen Medien umzugehen.

Mit Verabschiedung des Digital Services Acts wurde Handlungsspielraum für die EU und die Mitgliedsstaaten geschaffen, um Online-Plattformen zu mehr Jugendmedienschutz auf ihren Diensten zu zwingen. Der Digital Services Act schreibt vor, dass Online-Plattformen, die für Minderjährige zugänglich sind, „ein hohes Maß an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz von Minderjährigen“ haben müssen. Was darunter genau zu verstehen ist und wie die Vorgaben zu Jugendmedienschutz umzusetzen sind, hat die EU-Kommission in Leitlinien konkretisiert. Da sie als wichtiger Maßstab zur Einhaltung des Art. 28 zum Schutz von Minderjährigen dienen, haben sie verpflichtenden Charakter. Altersverifikation ist ein zentrales Thema der Richtlinien. Besonders wichtig ist, dass auf EU-Ebene mehr Druck auf die Plattformen ausgeübt wird, um die Algorithmen, die für die Bereitstellung von Inhalten auf den entsprechenden Diensten verantwortlich sind, nach den vorhandenen Risikoanalysen untersucht sowie transparent offengelegt werden. Die Mechanismen, die Desinformation und illegale Inhalte verbreiten und Kinder und Jugendliche trotz gesetzlichen Pflichten nicht ausreichend schützen, müssen offengelegt und unterbunden werden.

Bayern darf hier nicht länger hinterherhinken. Jetzt ist der Zeitpunkt, die Grundlagen für einen wirksamen Jugendmedienschutz zu legen – ohne Grundrechte einzuschränken, sondern mit klugen, präventiven Lösungen, die Kinder schützen und zugleich ihre gesellschaftliche, digitale Teilhabe sichern.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/8771

Medienkompetenz statt Verbote: Kluge Lösungen für unsere Jugend im digitalen Zeitalter!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Eva Lettenbauer**
Mitberichterstatler: **Josef Heisl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 29. Januar 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Enthaltung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: EnthaltungAblehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Julia Post, Sanne Kurz, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Claudia Köhler, Tim Pargent, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/8771, 19/10692

Medienkompetenz statt Verbote: Kluge Lösungen für unsere Jugend im digitalen Zeitalter!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das ganze Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. Enthaltungen? – Das sehe ich auch nicht. Damit werden diese Voten vom Landtag übernommen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. Februar 2026 (Vf.3-VII-26) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 21 Abs. 1 a der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, 797, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist,
 2. des Art. 15 Abs. 1 a der Landkreisordnung (LKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 826, BayRS 2020-3-1-I), die zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist,
 3. des Art. 15 Abs. 1 a der Bezirksordnung (BezO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 GVBl. S. 850, BayRS 2020-4-2-I), die zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist
 PII-3001-2-45
 Drs. 19/10803 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
 Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Meinungsverschiedenheit
 (Vf.2-VIII-26 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
 zwischen der Antragstellerin
 Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
 und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
 3. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
 4. Bayern SPD-Landtagsfraktion
 5. Bayerische Staatsregierung
- vom 18. Februar 2026 über die Frage, ob
1. Art. 21 Abs. 1 a der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, 797, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist,
 2. Art. 15 Abs. 1 a der Landkreisordnung (LKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 637) geändert worden ist,
 3. Art. 15 Abs. 1 a der Bezirksordnung (BezO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 850, BayRS 2020-4-2-I), die zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist,
- die Bayerische Verfassung verletzen.

PII-3001-4-4-1
 Drs. 19/10802 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
 Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheiten

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU
Subsidiarität
 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über saubere Unternehmensfahrzeuge
 COM(2025) 994 final
 BR-Drs. 57/26
 Drs. 19/10398, 19/11074

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/631 in Bezug auf CO₂-Emissionsnormen für neue leichte Nutzfahrzeuge und die Fahrzeugkennzeichnung sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/94/EG;
 COM(2025) 995 final
 BR-Drs. 68/26
 Drs. 19/10791, 19/11075

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte

Grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit –
Überarbeitung der Eurojust-Verordnung (Folgenabschätzung)
02.12.2025 - 24.02.2026
Drs. 19/9800, 19/11038

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 19/11038 veröffentlichte
Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische
Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und
den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit

Verordnung über Biozidprodukte – Bewertung
11.12.2025 - 05.03.2026
Drs. 19/10698, 19/11036

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 19/11036 veröffentlichte
Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische
Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und
den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Medienkompetenz statt Verbote:
Kluge Lösungen für unsere Jugend im digitalen Zeitalter!
Drs. 19/8771, 19/10692 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Wirtschaftsschädliche CO₂-Bepreisung zurücknehmen:
Taten statt Populismus!
Drs. 19/8842, 19/10632 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vereinfachung und Praxistauglichkeit der KfW-Baudarlehen
Drs. 19/8901, 19/10696 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwaltung entbürokratisieren I:
Verwaltungsvereinfachung bei Transferleistungen
Drs. 19/8931, 19/10693 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwaltung entbürokratisieren II: Sozialverwaltung durch besseres Zusammenspiel der Akteure effizienter gestalten
Drs. 19/8932, 19/10694 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwaltung entbürokratisieren III: Bürokratie durch Registermodernisierung und Once-Only-Prinzip abbauen
Drs. 19/8933, 19/9831 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Programm „KlimaWildnis“ des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Drs. 19/8939, 19/10633 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bericht zum Modellversuch zur Förderung rechenschwacher Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen
Drs. 19/8973, 19/10716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Starke Teilhabe: Prüfungsgebühren für Gebärdensprachdolmetscher in Bayern abschaffen!
Drs. 19/8987, 19/10717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Recht auf Analog!
Drs. 19/9065, 19/10695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tragende Schafe und Ziegen dürfen nicht geschlachtet werden - Erweiterung des bestehenden Abgabeverbotes um diese Tierarten
Drs. 19/9071, 19/10634 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen Antiziganismus I: Planungssicherheit für die „Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Bayern“ (MIA Bayern)
Drs. 19/9074, 19/10729 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen Antiziganismus II: Vertretung des Landesverbandes der Sinti und Roma im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks und im Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien
Drs. 19/9075, 19/10730 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen Antiziganismus III:
Bekämpfung des Antiziganismus in Südosteuropa
Drs. 19/9076, 19/10731 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen Antiziganismus IV:
Antidiskriminierungsberatung des Landesverbandes der Sinti und Roma in Bayern sichern
Drs. 19/9077, 19/10732 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbindliche Herkunfts- und Haltungskennzeichnungen für tierische Produkte vor dem Hintergrund des geplanten EU-Mercosur-Handelsabkommens
Drs. 19/9078, 19/10635 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU Förderung der Medienkompetenz an Schulen – Handyverbot allein reicht nicht!
Drs. 19/9090, 19/10718 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU G9 auf der Zielgeraden – Bericht zur Umsetzung eines bildungspolitischen Meilensteins
Drs. 19/9091, 19/10719 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD) Verzögerte Auszahlung staatlicher Fördermittel – strukturelle Entlastung der Landkreise bei Zwischenfinanzierungen
Drs. 19/9094, 19/10683 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

26. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Angemessene Ausgestaltung von Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen sowie artenschutzrechtlichen Gutachten bei Bauvorhaben zum Schutz von „Leib und Leben“
Drs. 19/9095, 19/10636 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Solidarität mit Parkinson-Erkrankten:
Durch Fakten Versorgung verbessern
Drs. 19/9108, 19/10687 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Erwachsene gegen Hepatits B impfen!
Drs. 19/9109, 19/10688 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU
Notwendige Reform der Asylverfahrensberatung vorantreiben!
Drs. 19/9123, 19/10677 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung eines möglichen Fehlverhaltens von Mitgliedern der Staatsregierung und des Landtags im Zusammenhang mit dem von der Weimer Media Group ausgerichteten Ludwig-Erhard-Gipfel, insbesondere bezüglich der Teilnahme an durch die Weimer Media Group verkauften Treffen mit Spitzenpolitikern, eines möglichen Fehlverhaltens der Weimer Media Group im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel, sowie eines möglichen Fehlverhaltens von bayerischen Behörden und bayerischen Staatsunternehmen, insbesondere der finanziellen Förderung des Ludwig-Erhard-Gipfels und einer möglichen intransparenten Einflussnahme durch die von der Weimer Media Group verkauften Treffen auf Gesetzgebungsverfahren und Verwaltungsführung in Bayern sowie auf das Verhalten des Freistaates bei Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat
Drs. 19/9147, 19/10678 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern I: Einführung erweiterter Schulleitungen an allen Schularten in Bayern
Drs. 19/9208, 19/10720 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern II: Netzwerkstrukturen für Austausch, Unterstützung und Professionalisierung in Bayern schaffen
Drs. 19/9209, 19/10721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern III:
Mehr Leitungszeit für Schulleitungen!
Drs. 19/9210, 19/10722 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern IV: Mehr Frauen in Führung.
Mentoring- und Entwicklungsprogramm für weibliche Schulleitungen
und Führungskräftenachwuchs in Bayern
Drs. 19/9211, 19/10723 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern V:
mehr Perspektiven, Qualifizierung und Unterstützung
für zukünftige Führungskräfte im Bildungssystem
Drs. 19/9212, 19/10724 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Schulleitungen in Bayern VI: Jetzt Jobsharing und
Teilzeitmodelle für Schulleitungen aller Schularten ermöglichen!
Drs. 19/9213, 19/10725 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wo will die Staatsministerin für Unterricht und Kultus hin?
Transparenz schaffen für klare Zielvorstellungen auf allen Ebenen!
Drs. 19/9220, 19/10726 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Sicherheitsüberprüfung und Datenabgleich bei Einbürgerungen
vollständig digitalisieren und vereinheitlichen – Bundesratsinitiative
des Freistaates
Drs. 19/9234, 19/10679 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Belastungsgrenzen in der kommunalen Asylunterbringung rechtssicher verankern
Drs. 19/9235, 19/10680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Forensisch-psychiatrische Kapazitäten und Verfahren für psychisch auffällige oder gefährliche Ausländer im Freistaat ausbauen und koordinieren
Drs. 19/9244, 19/10689 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Verwaltungsrevolution 4.0 für Bayern: Digital, schlank, bürgerfreundlich
Drs. 19/9257, 19/10691 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Invasive Arten in Bayern: Aktuelle Lage und Zukunftsstrategien
Drs. 19/9331, 19/10637 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ja zu moderner Drogenpolitik, nein zu populistischen Blockaden!
Drs. 19/9372, 19/10690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen!
Drs. 19/9411, 19/10681 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

45. Antrag der Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels, Maximilian Böttl, Daniel Artmann u.a. CSU
Finanzielle Bildung an allen Schulen stärken
Drs. 19/9483, 19/10727 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

46. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Josef Zellmeier, Michael Hofmann u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuerliche Förderung Wohnungsbau I:
Steuerliche Förderung von familiengerechtem Mietwohnungsbau
Drs. 19/9498, 19/10684 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Josef Zellmeier, Michael Hofmann u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuerliche Förderung Wohnungsbau II:
„Nägel mit Köpfen“ beim Wohnungsbau – Rückkehr zur bewährten steuerlichen Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum!
Drs. 19/9499, 19/10685 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Maximilian Böttl, Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Steuerliche Förderung Wohnungsbau III:
Baukasten als Bauturbo – steuerliche Erleichterungen für mehr Wohnungen
Drs. 19/9500, 19/10686 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

49. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Peter Wachler, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Trennungsgebot bei Abschiebungshaft abschaffen:
Erhöhung der Haftplatzkapazitäten und Bürokratieabbau
Drs. 19/9508, 19/10682 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen Antiziganismus V – Einrichtung der Stelle eines unabhängigen Beauftragten gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma
Drs. 19/9525, 19/10733 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

51. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Politische Chancengleichheit auch im digitalen Raum verwirklichen –
Die Verordnung (EU) 2024/900 über die Transparenz
und das Targeting politischer Werbung aufheben
Drs. 19/9663, 19/10734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Gießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Antiziganismus entschieden entgegentreten –
Sinti und Roma in Bayern stärken
Drs. 19/9815, 19/10735 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>